

Anfrage

der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek,
Genossinnen und Genossen
an den Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport
betreffend **Erweiterung des IG-Netzes**

Das IG Netz wurde 1991 ins Leben gerufen. Das Instrument ermöglicht Vereinen und Theatergruppen in der freien Szene, dass sie ihre Mitarbeiter*innen anstellen können, indem sie vonseiten des Bundes und der Länder Zuschüsse zu den Sozialversicherungsbeiträgen bekommen. Die Mittel werden vom Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport und seit 2020 auch von den Kulturabteilungen der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und der Stadt Wien bereitgestellt.

In der Pandemie sind nun neue IGs entstanden, ua die IG Club Kultur und die IG Freie Musikschaaffende. Die IG Club Kultur beispielsweise setzt sich als Interessenvertretung und Interessengemeinschaft für Club Kultur für alle damit verbundenen Belange ein. Sie bieten Vernetzung und engagieren sich für gute Arbeits- und Schaffensbedingungen, generell im Bereich Kunst und Kultur, und speziell in der Club Kultur. Die IGFM ist ein österreichweiter Zusammenschluss von freien Musikschaaffenden unterschiedlichster Genres, die sich aktiv für eine Verbesserung der Situation aller freien Musikschaaffenden in Österreich einsetzen.

Aufgrund der neuen Situation stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

Anfrage

- 1) Aus welchen Interessengemeinschaften besteht derzeit das IG-Netz?
- 2) Welche Mittel werden den einzelnen IGs jährlich zur Verfügung gestellt?
- 3) Was sind die genauen Kriterien für die Aufnahme ins IG-Netz?
 - a) Wo sind diese geregelt?
- 4) Wie lange muss eine Interessengemeinschaft bestehen, um Zuschüsse zu erhalten?
- 5) Gab es bisher Ablehnungen von „neuen“ IGs?
 - a) Wenn ja, was waren die Gründe dafür?
- 6) Wie kann für die Zukunft sichergestellt werden, dass einerseits die bestehenden IGs, die eine zentrale Rolle bei der Interessensvertretung der Kulturschaaffenden spielen, auch weiterhin finanziell abgesichert sind und andererseits bei neuen gesellschaftlichen Anliegen die nötige Durchlässigkeit für neue Anliegen besteht?

www.parlament.gv.at

